



*Das gemütliche
Dachgeschoss der
Bücherhalle Iserbrook
Link zur Bücherhalle:
iserbrook@buecherhallen.de*

INHALT

Bürgernähe im
Regionalausschuss

Bezirksseniorenbeirat
Altona

Sondermittel in Altona

Schwarz-Grüne Politik
in den Elbvororten

Frühjahrsputz

Pfeiler des Nobistors

Leerstand in der
Zeißstraße

Asphaltierung in der
Zeißstraße

Sicherungs des
Hundertwasser-Cafés

Verkehrsplanung in
Blankenese

Bürgernähe nein, danke?

Warum der Regionalausschuss II nicht über Bücherhallen diskutieren darf

Nachdem durch die Einführung eines neuen Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) die Ortsausschüsse abgeschafft wurden, gab es im Bezirk Altona keine regionalen Ausschüsse mehr. Die Möglichkeit der Information und Teilhabe am politischen Leben **vor Ort** war für die Bürger nicht mehr möglich. Erfreulicherweise konnte sich die Bezirksversammlung nach ihrer Neukonstituierung 2008 dann doch auf die Schaffung von zwei Regionalausschüssen einigen. Entgegen den Plänen der SPD Fraktion, die mehrere Regionalausschüsse angedacht hatte, so dass alle Stadtteile abgedeckt wären, konnte sich die schwarz-grüne Koalition schweren Herzens zu zwei Regionalausschüssen durchringen.

Der Regionalausschuss II (Regio II) soll sich für die Stadtteile Lurup, Osdorf und Iserbrook mit den Aspekten befassen, die sich aus den zum Teil auslaufenden Programmen der aktiven Stadtteilentwicklung ergeben. Als „Ersatz“ für den ehemaligen Ortsausschuss kann der Regio II sicher nicht gelten, da die Belange der Stadt-

teile Rissen, Sülldorf, Blankenese und Nienstedten nicht berücksichtigt werden.

Nach Meinung der CDU ist das so auch in Ordnung, denn Ortsausschüsse, mit ihrer öffentlichen Bürgerfragestunde vor Ort, gehören halt der Vergangenheit an- und das finden die Vertreter der CDU auch gut so: Bürgernähe? Nein, Danke. Aber nicht nur die regionale Eingrenzung bedeutet eine Einschränkung der Bürgernähe, auch die Reduzierung auf bestimmte Themenkreise beschränkt die politische Teilhabe der Bürger vor Ort. Dies gilt um so mehr, wenn, wie von CDU/GAL mehrfach praktiziert, das Problem „Doppelbefassung“ genutzt wird, um die Diskussion eines „heißen“ lokalen Themas vor Ort zu verhindern. Zuletzt geschehen auf der Sitzung des Regio II am 20. Januar 2009.

Das Bestreben der SPD-Fraktion, das Thema Bücherhalle Iserbrook im Ausschuss zu diskutieren wurde vehement abgelehnt. CDU O-Ton: „Da soll doch nur wieder eine Sau durchs Dorf getrieben werden.“ Selbst eine Ab-

stimmung über die Befassung mit diesem Thema sollte verhindert werden. Zu guter Letzt ließ der Ausschussvorsitzende dann doch eine Abstimmung zu. Unser Argument war, dass es sich bei dem Erhalt der Bücherhalle in Iserbrook eben nicht nur um ein kulturpolitisches Thema handelt, sondern, wegen der soziokulturellen Bedeutung dieser Einrichtung gerade in Iserbrook, auch um ein Thema für den Regio II. Nach kontroverser Diskussion der entsprechenden Argumente, wobei auch ein Vertreter der FPD sich für die Relevanz dieses Themas im Regio II aussprach, kam es dann zur Abstimmung: Ein Patt, frohlockte der Sprecher der CDU - denn SPD und Die Linke hatten sich für die Behandlung der Problematik der Bücherhalle Iserbrook im Regio II ausgesprochen, CDU/GAL und FDP dagegen. Ein Auskunftersuchen der SPD-Abgeordneten des Wahlkreises Blankenese soll nun Klarheit darüber geben, ob ein Regionalausschuss in seiner Themenwahl tatsächlich derartig beschnitten werden darf.

Astrid Juster



Der Bezirksseniorenbeirat Altona mit der Vorsitzenden Marianne Paszeitis (Bildmitte)

Bericht vom Gespräch mit dem Bezirksseniorenbeirat Altona

Der Altonaer Bezirksseniorenbeirat hatte die Fraktionsvorsitzenden im November 2008 zu einem Gespräch über Themen, bei denen Senioren der „Schuh drückt“, eingeladen. Mitte Februar wurde das Gespräch fortgesetzt. Die Plätze von CDU, GAL und FDP blieben leer, was zu großer Empörung beim Beirat führte, denn bereits im November fehlten CDU und FDP unentschuldig. Jetzt empfand der Beirat zurecht das Fehlen als Geringschätzung und Missachtung seiner Arbeit.

Der **Fußgängertunnel Große Bergstraße** ist ein Dauerbrenner des Beirats, es wird eine Verbesserung der Sauberkeit und Beleuchtung gefordert, aber keine Schließung. Diskutiert wurde auch eine Auskopplung der eigenen **Finanzmittel des Seniorenbeirats** aus der Rahmenezuweisung „Betriebskosten der Seniorentreffs“. Antje Mohr und ich hatten dazu eine Anfrage gestellt, die ich verteilt habe. Mein Rat an den Beirat lautete, das Thema nicht weiter zu verfolgen, da eher Nachteile entstehen.

Seniorenbeauftragtenversammlungen: Der unfeine Vorstoß von Herrn Szczesny (CDU), die Bewerbungen durch AG 60plus-Gremien der

SPD zu begrenzen, wurde negativ aufgefasst. Ich habe die Beratungen im Ältestenrat und die noch nicht abgeschlossene rechtliche Würdigung erläutert und auf den für die SPD positiven Brief von Senator Werzich an den Altonaer Bezirksamtsleiter vom 4.2.2009, in dem dieser sich für eine „breite Werbung für Beteiligung“ ausspricht, hingewiesen. Die Bewerbungsfrist der Institutionen endet am 19.2.2009; die Seniorenbeauftragtenversammlung findet am 23.4. im Technischen Rathaus statt, vorher wählt die Bezirksversammlung die Delegierten aus.

Bessere **Würdigung ehrenamtlichen Engagements:** Ich habe mich dafür ausgesprochen, dass die Pauschale für ehrenamtliche Helfer in den Seniorentreffs höher als bisher (4,10 EUR pro Tag) wird, dafür muss aber die Rahmenezuweisung erhöht werden und der zu große Anteil an Miete und Betriebskosten sinken (Umerschichtung).

Betreutes Wohnen im Landesheimgesetz: Das Gesetz wird gerade erarbeitet, soll im März vorliegen. Ich habe mich auf das Gesetz in Baden-Württemberg bezogen und die Eckpunkte erläutert.

Absicherung der Arbeit des Seniorenbeirats und

Beteiligung an der Arbeit der Ausschüsse: Es wird kritisiert, dass die Beiratsvertreter im nicht-öffentlichen Teil der Ausschusssitzungen den Raum verlassen müssen. Meine Vorschläge: Eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes mit der Einführung von Mitgliedern mit beratender Stimme (wie im BezVG von 1978 im alten § 28 Abs. 2 noch möglich), analoge Erwähnung und Beteiligung von Senioren wie in § 33 BezVG (Kinder und Jugendliche sind zu beteiligen, wenn sie betroffen sind). Der Beirat wird in der nächsten Amtsperiode das Thema wieder aufgreifen und sich für Änderungen des BezVG einsetzen.

Infrastruktur in den Stadtteilen und Wohnen im Alter: ich habe unsere Forderungen nach Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus erläutert, und mich gegen Schließung von Büchereien und Seniorentreffs ausgesprochen.

Mein weiterer Vorschlag war, auch in Altona eine **Bezirkliche Konferenz** mit den Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften zu organisieren, um Bedingungen zu diskutieren, damit ältere Menschen so lange wie möglich in den Wohnungen bleiben können.

Stefan Krappa

SPD-Vorschläge erfolgreich: Sondermittel im Bezirk Altona

Schon im letzten Jahr wurden auf Initiative der SPD-Fraktion Altona aus Sondermitteln EUR 3000 für das **Kindersommerferienprogramm in Altona** bereitgestellt, um auch daheim gebliebenen Kindern die Möglichkeit auf schöne Ferienerlebnisse zu bieten. Das Geld wurde vom Jugendamt mit jeweils 200-300 Euro auf mehr als 10 Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit verteilt und wurde von diesen für Ausflüge in und um Hamburg herum, z.B. in Schwimmbäder oder in den Heidepark verwendet. Auch dieses Jahr wurde unserem Antrag, das Kindersommerferienprogramm Altona 2009 mit EUR 3000,- aus Sondermitteln zu unterstützen, zugestimmt, so dass sich die Altonaer Kinder, die nicht verreisen können, wieder auf schöne und erlebnisreiche Ferientage zu Hause freuen können. Auch das Anliegen der Ganztagschule Veermoor in Lurup konnten wir

unterstützen: Seit über 30 Jahren wird dort vom gemeinnützigen Verein „Verkehrswacht Hamburg e.V.“ auf dem Übungsplatz in ca. 20 Kursen pro Jahr „Verkehrserziehung zum Anfassen“ angeboten, d.h. den Schülerinnen und Schülern wird der Umgang mit Mofas und richtiges Verhalten sowie Erkennen von und Reagieren auf Gefahren im Straßenverkehr beigebracht. Zur Gewährleistung des regulären Übungsbetriebs der schulischen Mofa-Kurse werden dringend **5 neue Mofas für den Übungsplatz Veermoor in Lurup** benötigt. Aus den Sondermitteln konnten wir EUR 4.750 bereit stellen.

Ein bekannter Anblick in Osdorf ist die alte Osdorfer Mühle. Ursprünglich aus dem Dorf Büttel in Dithmarschen stammend, wurde sie 1890 abgebrochen, von dem Osdorfer Müller Johannsen erworben und auf einem Grundstück an der heutigen Osdorfer Landstraße wieder aufge-

baut. Im Laufe der Zeit verlor sie ihre Flügel, so dass sie ab 1933 mit Motor arbeitete, ehe der Mühlenbetrieb nach 1945 ganz eingestellt wurde. 1970 gestaltete ein Pächter die Mühle dann zum Restaurant um und schaffte Flügel einer abgebrochenen Mühle aus Hochdonn in Dithmarschen heran. Aber auch an diesen Flügeln nagte der Zahn der Zeit, und da der Bebauungsplan ein Erhaltungsgebot für die Mühle vorgeschrieben, stand jetzt eine Generalüberholung der Mühlenflügel an. Die SPD-Fraktion Altona schlug erfolgreich vor, das Vorhaben der **Restaurierung der Osdorfer Mühle** mit EUR 16.000 aus dem Sonderinvestitionsfonds zu unterstützen. Voraussichtlich Ende April werden die neuen Flügel angeliefert und montiert, so dass die Osdorfer Mühle dann wieder ein „komplettes“ Erscheinungsbild bietet.

Kirstin Strahl-Höhler



Blick auf die Osdorfer Mühle



Die Mofas für den Übungsplatz Veermoor im Einsatz.

*Link zur Verkehrswacht:
www.verkehrswacht-hamburg.de*

Bürgerfeindliche Politik der Schwarz-Grünen Koalition in den Elbvororten

Bald drei Bürgerbegehren bewegen die Altonaer Politik und die Bezirksverwaltung: „**Pro Blankenese**“, „**Rettet den Buchenhofwald**“, und „**Rettet die Bücherhalle Iserbrook**“. Außerparlamentarischer Bürger-

protest ist nicht nur ein legitimes sondern auch ein legales Mittel unserer demokratischen Verfassungsordnung, der sich meist dann artikuliert, wenn sich die Bürger nicht mehr ausreichend durch ihre gewählten Abgeordneten

vertreten fühlen. So derzeit im Wahlkreis Blankenese, wo eine bürgerfreundliche Koalition aus CDU und GAL mit ihrem „Kopf“ immer wieder gegen dieselbe Wand läuft. Die Bürgerinitiative „**Pro Blankenese**“ hat schon

Fortsetzung S. 4

Bürgerfeindliche Politik der Schwarz-Grünen Koalition - Fortsetzung von Seite 3



Ansicht des Blankeneser Marktplatzes.

Link zur Initiative:
www.pro-blankeneser.de

über 2500 Unterschriften für ihr Bürgerbegehren gesammelt und damit den Suspensiveffekt erreicht, nach dem die Bezirksorgane für drei Monate keine Beschlüsse mehr fassen und umsetzen dürfen. Mit diesem Begehren will die Initiative die Umsetzung der Beschlüsse der Fraktionen von CDU und GAL verhindern, die den Bau einer Tiefgarage unter dem Marktplatz, einen Minikreis, die Umkehrung der Einbahnstraßenregelung in der Bahnhofstraße und im Mühlenberger-Weg und die Einrichtung eines „shared space“ in der Bahnhofstraße vorsehen. Ein Vorhaben, das von der großen Mehrheit der Blankeneser Bürger abgelehnt wird. Mit ihrem Begehren flankiert die BI die Politik der SPD-Fraktion, die ebenfalls die Realisierung dieser Beschlüsse ablehnt und Lösungen für Blankeneser Ortskern über ein formelles Beteiligungsverfahren herbeiführen will.



Die Bürgerinitiative „in Aktion“.

Link zur Initiative:
www.rettet-den-buchenhof-wald.de

Die Bürgerinitiative kann jetzt einen großen Erfolg verbuchen: Durch den starken Widerstand in der Bevölkerung haben CDU und GAL die Pläne zur Umgestaltung offiziell zurückgezogen.



Der Kinderbereich der Bücherhalle Iserbrook. Informationen zur Bücherhalle Iserbrook/Sülldorf:
Sülldorfer Landstraße 11
22589 Hamburg
Tel: 040 / 874598
iserbrook@buecherhallen.de

Auch die Bürgerinitiative „**Rettet den Buchenhofwald**“ hat die erste Stufe ihres Bürgerbegehrens nach Abgabe von weit mehr als 2000 Unterschriften erreicht. Das Ziel des Bürgerbegehrens ist, den Buchenhofwald dauerhaft als Grünfläche plan-rechtlich

zu sichern, um damit aus Gründen des Artenschutzes eine Fällung von mindestens 131 wertvollen Buchen und eine nachfolgende Bebauung eines Teiles des Waldes zu verhindern.

Jetzt rächt sich, dass der Bezirksamtsleiter den Vorbescheid des BVE auf Antrag von CDU und GAL genehmigt und nicht, wie von der SPD-Fraktion gefordert, beanstandet hat. Dies hätte er tun müssen, weil in dem bestehenden Baustufenplan die naturschutzrechtlichen Belange noch nicht, wie von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gefordert, eingearbeitet waren. Die SPD-Fraktion hat deshalb von Anfang an einen Bebauungsplan mit der darin geforderten kleinen Umweltverträglichkeitsprüfung gefordert. Das nachträglich von der Bezirksversammlung Altona geforderte und jetzt vorliegende Artenschutzgutachten nach §42 Bundesnaturschutzgesetz beantwortet die von der SPD-Fraktion im Grünausschuss gestellten Fragen mangelhaft. Auch die Kritik dieses Gutachtens durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt spricht für sich. Derzeit sieht die SPD-Fraktion keine belastbaren Ergebnisse, die eine Bau- und Baumfällgenehmigung rechtfertigen würde. Zudem würde die beantragte Fällung während der Brutzeit eindeutig dem Tötungsgebot des Naturschutzrechtes widersprechen und u.a. schützenswerte Arten wie Fledermaus- und Brut-

vögelhabitate vernichten. Der dringend benötigte Wohnungsbau muss also möglicherweise an anderer Stelle realisiert werden. Der Bauverein der Elbgemeinden wäre gut beraten, sein Projekt im Rahmen einer Selbstverpflichtung erst einmal zurückzustellen, bis alle artenschutzrechtlichen Fragen abschließend beantwortet sind.

Gerade im Entstehen ist das jüngste Bürgerbegehren der Bürgerinitiative „**Rettet die Bücherhalle Iserbrook**“. Die Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen hat das Ende der Iserbrooker Bücherhalle noch für das Jahr 2009 beschlossen. Dies ist völlig unverständlich. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen zu Recht dezentrale, in zumutbarer Entfernung erreichbare Bücherhallen. Deshalb ist die Iserbrooker Bücherhalle mit ihrer hohen Akzeptanz und „Ankerfunktion“ für die umliegenden Geschäfte und als Bürgertreff unabdingbar.

Die Altonaer SPD als **Stadtteilpartei** unterstützt den Ausdruck des Bürgerwillens, wenn er der eigenen Programmatik entspricht. Dies ist hier der Fall. Wir hoffen, dass so endlich die bürgerunfreundliche Politik der Schwarz-Grünen Koalition gestoppt wird.

Wolfgang Kaeser

Frühjahrsputz im Max-Brauer-Haus

Bei der Altonaer SPD war Großreinemachen angesagt. Mit vereinten Kräften wurde der Keller des Max-Brauer-Hauses entrümpelt. Ein Großcontainer der Stadtreinigung war binnen eines Tages randvoll mit

Sperrmüll, Papier und kaputten Stellschildern gefüllt. Die SPD-Fraktion konnte so viel neuen Platz für ihr umfangreiches Archiv schaffen. Denn auch im Zeitalter des angeblich „papierlosen Büros“ nimmt

die Papierflut nicht ab. Und gerade in schnelllebigen Zeiten wie jetzt, wo sich die Parteienkonstellationen und Koalitionen schnell ändern, ist ein brauchbares Archiv besonders wichtig.



Der Pfeiler des ehemaligen Nobistors

An der Reeperbahn 170/72 zwischen einem Döner-Imbiss und einem Sex-Kino steht am Rande des Gehwegs zur Straße hin ein erhaltener Pfeiler des ehemaligen Nobistors, das Altona von Hamburg-St. Pauli trennte.

Das Nobistor bestand ehemals aus zwei Pfeilern, die als äußere Begrenzung eines einfachen Tors dienten, es ist also nicht mit steinernen Stadttoren und ihren An- und Aufbauten zu vergleichen. Ebenso wie diese Stadttore wurde aber auch das ehemalige Nobistor nachts geschlossen. Es tat seinen Dienst bis 1861, also sechs Jahre bevor es aus dänischer Oberhoheit im Jahre 1867 an Preußen kam.

Die beiden Pfeiler wurden wegen des zunehmenden Verkehrs an den Straßenrand gestellt, wo heute noch einer etwa 30 m vom ursprünglichen Standort entfernt ein unbeachtetes Dasein fristet. Schaut man ihn genauer an, so sieht man, dass er bessere Tage gesehen hat. Der

gusseiserne Pfeiler ist ca 2,50 m hoch und trotz der Schäden (verrotteter Sockel, beschädigte Aussehenflächen, aufgeplatzte Silikonnaht) von einiger Eleganz, die gar nicht zu dem unmittelbaren Umfeld passen will.

Ein Feld auf dem vierseitigen Pfeiler verweist durch die abgebildete Krone und die Initialen auf Christian VIII., der 1839 König von Dänemark wurde. Ein weiteres Feld zeigt das Altonaer Wappen; dieses weist auf der vorliegenden Abbildung keine Tore auf (beim Altonaer Wappen sind die Tore üblicherweise geöffnet), wohl aber drei recht schlanke Türme mit Kugeln darauf, jedoch ohne Mariensterne (Unterschied zum Hamburger Wappen). Ein Fallreep ist deutlich zu sehen. Der Pfeiler stammt wohl aus der Zeit um 1840.

Das Wappen wirkt elegant, ebenso die reichen, zumeist pflanzlichen Verzierungen auf dem Pfeiler. Die zwei Adler, die

den Pfeiler nach oben hin abschließen, weisen aufgelöste, dekorative Formen auf. Ganz oben bildet eine Laterne den Abschluss. Von der ursprünglichen Inschrift: „Nobis bene, nemini male“ ist nur der erste Teil des Spruches erhalten: „Uns nur Gutes“, das Feld daneben (niemandem Schlechtes) ist heute leer.

In einem freieren Umfeld, etwa vor dem S-Bahnhof Reeperbahn, könnte der Pfeiler - besonders in gepflegtem Zustand - sicher manch einen Liebhaber lokaler Geschichte erfreuen.

Kenner haben seine Bedeutung wohl erkannt: Der Pfeiler steht unter Denkmalschutz, ist aber möglicherweise vergessen worden, obwohl doch Altona Altstadt und das angrenzende St. Pauli seit den Zerstörungen des zweiten Weltkriegs nicht mehr gar so viele historische Kostbarkeiten zu bieten haben.



Der Nobistorpfeiler auf der Reeperbahn

Dr. Bettina Wehner

SAGA lässt historisches Haus in der Zeißstraße halb leerstehen



Das historische Etagenhaus in der Zeißstraße 5

Es gibt sie noch, die Ureinwohner Ottensens, die ihren Stadtteil noch aus einer Zeit kennen als man unter dem Namen „Zeise“ kein Kino meinte, sondern eine Schiffspropellerfabrik, und die sich selbst nicht ohne Stolz Mottenburger nennen.

In einem historischen Etagenhaus in der Zeißstraße 5 wohnt seit über 60 Jahren eine dieser streitbaren Mottenburger, die achtzigjährige Frau Franck. Frau Franck bewohnt eine schöne Altbauwohnung mit drei Zimmern und großer Wohnküche. Besonders stolz ist sie dabei auf ihre ausfahrbare Badewanne, die sie mit großem Erfindungsgeist unter der Küchenspüle installiert hat, und die bei Bedarf vollständig in den Raum ausziehbar ist.

Not macht erfinderisch, denn obwohl das Haus im Sanierungsgebiet Osterkirkenviertel liegt, hat ihre Wohnung bis heute kein eigenes Bad. Dass die Toilette auf der Etage liegt stört Frau Franck nicht, vielmehr betrachtet sie das Treppenhaus als nutzbaren Teil des Hauses.

Früher habe man es sich im Treppenhaus gemütlich gemacht, an den Fenstern zum Innenhof standen Stühle und Tische, hier und da auch mal ein paar Blümchen und die Nachbarn trafen sich im Treppenhaus auf einen Schnack, so Frau Franck. Schön und gepflegt ist es immer noch im Treppenhaus, wie sowieso das

ganze Haus einen überaus soliden und gepflegten Eindruck macht. Nur mit den Nachbarn, da hapert es. Denn aus unerfindlichen Gründen lässt die SAGA das Haus seit Jahren zur Hälfte leer stehen, und das obwohl erst vor einiger Zeit eine neue Heizung eingebaut wurde und sich Wohnungen dieser Art und Größe vor allem in Ottensen einer großen Beliebtheit erfreuen.

Wenn das Sanierungsverfahren für das Osterkirkenviertel in diesem Jahr ausläuft, wird ein neuer Bebauungsplan Gesetzeskraft erhalten, der für dieses Grundstück ein Baurecht mit vier Stockwerken vorsieht. Das ist ein Vollgeschoss mehr als im Bestand, und die Vermutung liegt nahe, dass die SAGA den Zeitpunkt abwartet, bis die letzte Mottenburgerin das Haus verlassen hat und der neue Bebauungsplan in Kraft getreten ist.

Dann kann auch die städtische SAGA das tun, was in der allgemeinen Goldgräberstimmung auf dem Ottenser Immobilienmarkt zurzeit allerorten zu beobachten ist: Die maximale Kapitalisierung des Bodens für den gehobenen Wohnungsbau.

Es ist auch nicht das erste Mal, dass die städtische und damit dem Gemeinwohl verpflichtete SAGA in dieser Art und Weise agiert. Hier sei nur an das „Heuburg“-Ensemble in Neumühlen erinnert, dessen Zustand

sich seit Jahren durch absichtlichen Leerstand und dem Unterlassen von Sanierungsmaßnahmen verschlechtert, und das die SAGA lieber heute als morgen abreißen würde um ein paar Neubauwohnungen mit Elbblick zu errichten.

Der eigentliche Skandal, der hinter diesem geschichtsvergessenen Treiben der SAGA steckt, ist allerdings die Tatsache, dass die SAGA/GWG gezwungen ist mehrere Millionen Euro im Jahr in den Betriebshaushalt der Stadt einzuspeisen, und damit eine nachhaltige und historisch verantwortliche Wohnungsbaupolitik stets für das Erlösmaximum geopfert werden muss.

Wenn es also nicht gelingt, das Haus in der Zeißstraße 5 unter Denkmalschutz zu stellen oder im laufenden Bebauungsplanverfahren anderweitig abzusichern, wird ein weiteres Stück Ottensen sterben und an der Stelle des ansehnlichen Etagenhauses aus dem 19. Jhd. wird ein Klotz mit 5 Stockwerken und Wärmedämmverbundsystem Fabelmieten für seinen Eigentümer generieren, und ob das überhaupt noch die SAGA sein wird ist angesichts der schwarzen Wohnungsbaupolitik absolut offen.

Mark Classen

Streit um Asphaltierung - Denkmalschutz für eine Straße?

Die Zeißstraße ist eine typische Ottenser Wohnstraße. Moderne und historische Stadthäuser, wenig öffentlicher Parkraum und ein enger Straßenquerschnitt. Eine typische Straße, aber mit einer bedeutenden Geschichte:

Es war die erste gepflasterte Straße in Ottensen. In den vergangenen Jahrzehnten war dies aufgrund der Asphaltdecke nicht mehr sichtbar.

Nun standen Versorgungsarbeiten in der Straße an, die Frage der neuen Oberflächengestaltung musste geklärt werden.

Noch in der alten Wahlperiode gab es einen breiten Konsens aller Parteien, die Forderung der Denkmalschützer aufzunehmen und dort ein geschliffenes Pflaster einzurichten. Im Dezember 2007 hatten CDU und GAL den entsprechenden Antrag gestellt. Die Übernahme der Mehrkosten gegenüber einer Asphaltdecke in Höhe von 140.000 Euro ist mittlerweile geklärt: Stadtentwässerung und Stadtentwicklungsbehörde (aus Sanierungsmitteln) übernehmen den Großteil, der Bezirk trägt nur

noch einen sehr geringen Anteil.

Im Hauptausschuss im Februar haben CDU und GAL nun aber kurzfristig einen Antrag eingebracht und auch beschlossen, in dem sie auf das historische Pflaster zugunsten einer Asphaltdecke verzichten.

Das Argument dazu lautet: Lärmschutz. Gleichzeitig soll eine Sperrung der Straße in Erwägung gezogen werden.

Die SPD hat gegen diesen Antrag gestimmt. Die Kostenfrage ist unstrittig, es standen vor allem Argumente des Denkmalschutzes im Vordergrund. Die historische Bedeutung von Gebäuden und Straßen ist aus Sicht der Sozialdemokraten ein wichtiger Aspekt der Stadt- und Verkehrsplanung und der Erhalt historischer (Hoch- und Tief-) Bausubstanz stellt einen bedeutenden Wohnwertfaktor dar. Ohne Frage ist der Lärmschutz in Zeiten von Lärmaktionsplänen und Europäischen Lärmprogrammen nicht unter den Tisch zu kehren. Jedoch würde zum einen ein geschnittenes Pflaster laut Polizei keine höhere Lärmbelastung als der bis-

herige Zustand bedeuten, zum anderen zeigen vergleichbare Projekte aus Hamburg auch mögliche lärmdezimierte historische Pflasterdecken.

Eine der zwei denkmalgeschützten Straßen sind die Colonnaden in der Innenstadt. Das Denkmalschutzamt hat wiederholt Bereitschaft erklärt, hier geeignete lärmreduzierte Lösungen mit zu tragen.

Bereits im Hauptausschuss hat die SPD auf die Entscheidungskompetenz des Denkmalschutzamtes in dieser Frage hingewiesen. Und auch der Bezirksamtsleiter Warmke-Rose hat deutlich gemacht, dass eine Entscheidung für Pflaster oder für Asphalt nicht im Entscheidungsbereich der Bezirksversammlung liege. Auch Kulturstaatsrat Reinhard Stuth hat in einem Schreiben an den Bezirksamtsleiter die Rechtslage ausgeführt und ihn gebeten, den Beschluss des Hauptausschusses zu beanstanden, also zurückzuweisen.

Henrik Strate

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 5 32, Fax 040/38 61 56 43, info@spdfraktionaltona.de www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Stefan Krappa

Hundertwasser-Café gesichert – Nachverdichtung möglich



Blick auf das Hundertwasser-Café. Link auf die Homepage: www.stadtcafe.com



Der Bebauungsplan-Entwurf „Ottensen 60“

Der Planungsausschuss hatte am 4. Februar 150 Bürger aus Ottensen zu Gast, die sich den Bebauungsplanentwurf „Ottensen 60“ vorstellen ließen. Grundsätzlich wurde die Nachverdichtung mit etwa 130 neuen Wohnungen akzeptiert. Kritische Anmerkungen kamen zu den Höhen der Gebäude und zum Thema Verkehr. Auch die zunehmende Verdrängung von weniger gut Betuchten aus Ottensen und fehlende Sozialwohnungen wurden beklagt. Einige Bürger wollten wissen, was aus dem „Hundertwasser-Café“ wird. Noch am Tag zuvor gab es innerhalb der Verwaltung darüber Diskussionen, ob eine Aufstockung auf vier Geschosse zulässig sein soll, denn der neue Investor liebäugelte damit. Nach meiner Intervention korrigierte sich das Fachamt Stadtplanung, so dass jetzt

nur der Bestand ausgewiesen wird. Damit ist das Gebäude abgesichert. Der Betreiber des Konkentonstudios Große Brunnenstraße gab seiner Sorge Ausdruck, dass seine Investitionen und Arbeitsplätze in Frage stünden. Auch hier sollen Wohnungen entstehen, das bestehende Gewerbe ist dem Investor im Weg. Die Wirtschaftsbehörde vertrat genauso wie ich die Meinung, dass das Studio am Standort abgesichert werden muss, da es für den Medienstandort Hamburg bedeutend ist. Ich habe die wichtigsten Anregungen der Bürger aufgegriffen und in einen Antrag gegossen, der im Planungsausschuss am 18.2. zur Abstimmung stand. Einstimmig beschloss er, dass die geplanten neuen Wohngebäude in der Röhrigstraße und in der Großen Brunnenstraße mindes-

tens zur Hälfte als sozialer Wohnungsbau entstehen sollen. Der Vorschlag kam überraschend von der CDU. Die Wohngebäude dürfen höchstens neun Meter hoch werden, Staffelgeschosse sind ausgeschlossen. Auf den Flachdächern können Grasdächer entstehen. Über Verträge soll das Bezirksamt die Sozialwohnungsquote sichern. Auch das Filmtonstudio soll vertraglich am Standort abgesichert werden. Das Hundertwasser-Café wird in seinem Bestand ausgewiesen. Für die SPD ist es ein großer Erfolg, dass alle Fraktionen sich hinter dem Beschluss versammelt haben, der neue Wohnungen und Schutz des vorhandenen Gewerbes und Wohnen als Einheit und nicht als Gegensatz sieht. Dafür treten wir seit langem in Ottensen ein.

Stefan Krappa

Verkehrsplanungen gestoppt

In Sachen Verkehr in Blankenese tritt Bewegung ein. Hektisch haben Christdemokraten und Grüne vergangenen Montag in einer Pressekonferenz erklärt, die mehrfach gefassten Beschlüsse ersatzlos zurück zu nehmen. Offenbar haben CDU und GAL mittlerweile gemerkt, dass sich in Blankenese wirklich Widerstand regt und beantragen nun, dass

ihre eigenen Beschlüsse wieder zurückgenommen werden. Dies ist ein Antrag, den die SPD bereits im Oktober gestellt hatte, nachdem der Protest in Blankenese offen zu Tage trat. Damals wurden die aktiven Bürger und die SPD noch ausgelacht, nun scheinen CDU und GAL doch endlich zur Einsicht gekommen zu sein. Ich meine: Spät, aber richtig! Die FDP schlägt vor dem

Hintergrund des Bürgerbegehrens gegen die CDU/GAL-Planungen für Blankenese nun auch eine Planungswerkstatt vor, welche die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbeziehen soll. Der richtige Weg, denn die Planung darf nicht ohne eine breite Beteiligung der Blankeneserinnen und Blankeneser erfolgen.

Henrik Strate